



# *Agrarforschung zum Klimawandel*

Konferenz der Deutschen Agrarforschungsallianz  
11.-14.03.2024, Potsdam

unter der Schirmherrschaft  
des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Programm und Beiträge

Stand: 15. Februar 2024

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Ernährung  
und Landwirtschaft

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

**dafa**

Deutsche Agrarforschungsallianz

# Carbon Farming-Ansätze auf politischer Ebene – ein Vergleich aus neun europäischen Ländern

Hönle, Susanna E.<sup>1</sup> ; Heidecke, Claudia<sup>2</sup>

<sup>1</sup>Humboldt-Universität Berlin <sup>2</sup>Thünen-Institut, Braunschweig

 susanna.hoenle@hu-berlin.de

Die ambitionierten Klimaziele der EU und vieler weiterer Länder wie Deutschland, sehen eine Treibhausgasneutralität bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts vor. Ein wesentlicher Faktor, um diese Ziele zu erreichen, besteht in dem Beitrag sogenannter „negativer Emissionen“ oder „carbon removals“, mit denen die verbleibenden Restemissionen kompensiert bzw. ausgeglichen werden sollen. Neben zukunftsweisenden technologischen Ansätzen, liegt ein starker Fokus auf dem Ausbau von CO<sub>2</sub>-Senken im Landwirtschafts- und Landnutzungsbereich. Wegen ihrer flächenmäßigen Relevanz kommt dabei den landwirtschaftlich genutzten Flächen eine hohe Bedeutung zu.

Der Begriff Carbon Farming bezieht sich im engeren Sinne auf Maßnahmen, die zu einer Erhöhung bzw. Stabilisierung des CO<sub>2</sub>-Speichers im Boden und zum Aufbau ober- bzw. unterirdischer Biomasse beitragen. Im weiteren Sinn werden aber auch Maßnahmen zur Vermeidung von Emissionen aus landwirtschaftlichen Agrarsystemen (Verringerung des Stickstoffeinsatzes, Reduktion des Tierbestandes) als Carbon Farming bezeichnet. Im Unterschied zu klassischen Agrarklimaschutzmaßnahmen beinhaltet der Begriff Carbon Farming zudem den Aspekt, dass die Klimaschutzleistung einen eigenen Output landwirtschaftlicher Tätigkeit darstellt, der entsprechend extra entlohnt werden sollte. Die Höhe der Entlohnung bemisst sich dabei an dem zusätzlich eingespeicherten oder vermiedenen CO<sub>2</sub>. Dies impliziert, dass eine Form der ex-post Evaluierung auf Betriebsebene erfolgen muss, an welche die Zahlung gekoppelt werden kann („result-based payments“).

Agrarklimapolitische Maßnahmen waren und sind bislang Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik und beruhen damit entwe-

der auf regulatorischen oder förderpolitischen Instrumenten. Parallel dazu bieten seit einigen Jahren in vielen europäischen Ländern private Initiativen und Unternehmen Landwirten Verträge an, die „result-based payments“ für (erfolgreiche) Carbon Farming-Maßnahmen in Aussicht stellen.

Egal ob durch klassische Agrarpolitik oder durch öffentliche bzw. private „result-based payments“: Für die nationalen Klimaschutzziele ist Carbon Farming nur dann relevant, wenn sich die Effekte im nationalen THG-Inventar spiegeln. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und wie Länder Carbon Farming in ihre Klima- und Agrarpolitik integrieren. Inwiefern werden „result-based payments“ als zusätzliche Honorierung von Klimaschutzleistungen angeboten und wie werden diese überwacht, gemessen und auf die nationalen Klimaziele angerechnet? Welche Relevanz wird Carbon Farming beigemessen und wie verhält es sich zu anderen agrarklimapolitischen Strategien und Instrumenten?

Diese Fragen wurden im EJP Soil-Projekt „Roadmap for carbon farming schemes“ (Road4Schemes) zwischen 2022 und 2023 mittels Experten-Befragungen in 9 europäischen Ländern nachgegangen. Dabei wurden Einschätzungen sowohl von Experten für die Treibhausgasinventare als auch von politischen Entscheidungsträgern eingeholt, systematisch analysiert und verglichen.

Es zeigt sich, dass die Relevanz von Carbon Farming sehr unterschiedlich wahrgenommen wird; und insbesondere die Frage der Messung und Anrechenbarkeit stellt in vielen Ländern noch ein großes Fragezeichen dar.